

Inhaltsverzeichnis

	Rn	Seite
<i>Vorwort</i>		V
<i>Aus dem Vorwort zur 1. Auflage</i>		VI
<i>Literaturverzeichnis</i>		XVIII

1. Abschnitt Einführung in das Polizei- und Ordnungsrecht

§ 1 Die einzelnen Polizeibegriffe	1	1
I. Die verschiedenen Ansätze zur Bestimmung des Polizeibegriffs	1	1
II. Der Begriff der Polizei im materiellen Sinn	2	1
1. Die geschichtliche Entwicklung des materiellen Polizeibegriffs	2	1
2. Polizei im materiellen Sinn als die der Gefahrenabwehr dienende staatliche Tätigkeit	9	4
a) Die Gefahrenabwehr	9	4
b) Die Gefahrenvorsorge	10	4
c) Keine Einbeziehung der Strafverfolgungsvorsorge . .	11	5
d) Vermengung der Gefahrenabwehr mit Aufgaben der Wohlfahrtspflege	13	6
III. Der Begriff der Polizei im institutionellen (organisatorischen) Sinn	14	7
IV. Der Begriff der Polizei im formellen Sinn	16	8
§ 2 Das Polizei- und Ordnungsrecht	17	8
I. Der Begriff des Polizei- und Ordnungsrechts	17	8
II. Die Gliederung des Polizei- und Ordnungsrechts	21	9
1. Die Gesetzgebungskompetenz der Länder zur Regelung des Polizei- und Ordnungsrechts	23	9
2. Die Gesetzgebungskompetenzen des Bundes für Teilbereiche des Polizei- und Ordnungsrechts	25	11
3. Die Gesetzgebungskompetenz für die Strafverfolgung und die Strafverfolgungsvorsorge	29	13

2. Abschnitt**Materielles Polizei- und Ordnungsrecht (Rechtsgrundlagen und Rechtsgrundsätze des polizeilichen Handelns)**

§ 3 Die Polizeibefugnisse im Rahmen der Gefahrenabwehr	36	16
I. Allgemeines	36	16
II. Die polizei- und ordnungsbehördlichen Generalklauseln	43	21
1. Der Begriff der öffentlichen Sicherheit	53	25
2. Der Begriff der öffentlichen Ordnung	62	32
3. Der Begriff der Gefahr	69	37
a) Gefahr als hinreichende Wahrscheinlichkeit des Schadenseintritts	69	37
b) Anscheingefähr	80	44
c) Scheingefahr	82	46
d) Gefahrenverdacht	83	47
e) Gefahrerforschungseingriff	86	49
4. Der Begriff der Störung	92	53
5. Das Ermessen der Polizei	93	54
a) Das Entschließungsermessen	99	56
b) Das Auswahlermessen	102	58
c) Der Anspruch auf ermessensfehlerfreie Entscheidung	103	59
III. Traditionelle Standardmaßnahmen (Einzelmaßnahmen) in allgemeinen Polizei- und Ordnungsgesetzen (Standardmaßnahmen)	110	62
1. Die Identitätsfeststellung und die Prüfung von Berechtigungsscheinen	119	66
2. Erkennungsdienstliche Maßnahmen	125	70
3. Vorladung	130	73
4. Platzverweisung, Aufenthaltsverbot und Wohnungsverweisung	132	74
5. Ingewahrsamnahme von Personen	141	80
6. Durchsuchung und Untersuchung von Personen	147	86
7. Durchsuchung von Sachen	151	88
8. Betreten und Durchsuchung von Wohnungen	152	89
9. Sicherstellung und Beschlagnahme	158	92
10. Verwertung, Einziehung, Vernichtung	165	96
IV. Datenerhebung und Datenverarbeitung	175	100
1. Allgemeines	176	100
2. Die Datenerhebung	179	103
a) Allgemeine Grundsätze	180	104
b) Die allgemeine Ermächtigung zur Datenerhebung .	181	104
c) Die Befragung	182	105

d) Offene Bild- und Tonaufzeichnungen (Videoüberwachung)	184	107
3. Besondere Mittel der Datenerhebung	187	110
a) Allgemeines	188	110
b) Der Einsatz von technischen Mitteln zur Überwachung von Wohnungen („Großer Lauschangriff“)	193	114
c) Die Telekommunikationsüberwachung	197a	123
d) Die online-Durchsuchung	197f	129
e) Der Einsatz Verdeckter Ermittler	198	131
f) Der Einsatz von V-Leuten	200	132
g) Die polizeiliche Beobachtung (Ausschreibung)	203	133
4. Die Datenverarbeitung	205	135
a) Allgemeines zur Speicherung, Veränderung und Nutzung von Daten	206	135
b) Die Zwecke der Datenverarbeitung	207	136
c) Speicherung	210	138
d) Der Datenabgleich	211	138
e) Die Datenübermittlung	214	145
f) Die Verwertbarkeit rechtswidrig erlangter Daten	215	147
g) Löschung, Berichtigung und Sperrung von Daten sowie Auskunftsansprüche	218	150
§ 4 Die polizeirechtlich Verantwortlichen (Störer)	222	153
I. Die Bedeutung des Störerbegriffs und die Arten der Störer .	228	154
II. Die polizeipflichtigen Personen	231	157
III. Der Verhaltensstörer	239	161
1. Das Verhalten	239	161
2. Der polizeirechtliche Verursacherbegriff	241	163
a) Die polizeirechtliche Verursachung	241	163
b) Der Zweckveranlasser	244	165
c) Der „latente Störer“	249	168
d) Scheinstörer, „Anscheinsstörer“ und „Verdachtsstörer“	251	170
3. Haftung für eigenes Verhalten und für das Verhalten anderer Personen (Zusatzverantwortlichkeit)	265	179
IV. Der Zustandsstörer	268	180
1. Allgemeines	268	180
2. Einschränkungen der Zustandsverantwortlichkeit unter dem Aspekt des Übermaßverbots	271	183
3. Die Beendigung der Zustandsverantwortlichkeit, insbesondere bei Dereliktion	278	187
4. Zustandsverantwortlichkeit und zivilrechtliche Verfügungsbefugnis	281	190
V. Verjährung und Verwirkung der polizeirechtlichen Verantwortlichkeit	282	191

VI.	Die Auswahl zwischen mehreren Störern	284	193
1.	Keine nur anteilige Verantwortlichkeit der Störer	284	193
2.	Gleichzeitige Verantwortlichkeit mehrerer Störer für eine Gefahr	285	194
a)	Ermessensleitende Gesichtspunkte bei der Auswahl	285	194
b)	Gesamtschuldnerische Haftung und Rückgriffs möglichkeiten der in Anspruch genommenen Person	288	196
VII.	Rechtsnachfolge in polizeiliche Pflichten	292	198
§ 5	Der polizeiliche Notstand	310	205
I.	Die Tatbestandsvoraussetzungen des polizeilichen Notstands	313	206
II.	Der Umfang der Inanspruchnahme	320	209
§ 6	Verfassungsrechtliche Begrenzungen der Polizeibefugnisse	328	213
I.	Rechtliche Bindungen durch das Übermaßverbot	331	214
1.	Der Grundsatz der Geeignetheit des Mittels	333	214
2.	Der Grundsatz des geringsten Eingriffs	335	215
3.	Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit im engeren Sinn	338	216
II.	Sonstige Begrenzungen durch die Grundrechte	341	219
1.	Begrenzungen durch Freiheitsgrundrechte mit Gesetzesvorbehalt	342	219
2.	Begrenzungen durch nicht ausdrücklich einschränkbare Freiheitsgrundrechte	345	222
3.	Begrenzungen durch sonstige Grundrechte	346	223
§ 7	Spezialgesetzliche Befugnisse der Polizei- und Ordnungsbehörden zur Gefahrenabwehr	354	226
I.	Das Versammlungsrecht	360	228
1.	Öffentliche Versammlungen in geschlossenen Räumen	366	233
2.	Öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel	368	234
a)	Anmeldung einer Versammlung	368	234
b)	Versammlungsverbot und Auflagen	373	235
c)	Auflösung einer Versammlung	374	238
d)	Maßnahmen unterhalb der Schwelle eines Verbots oder einer Auflösung	376	240
3.	Verhältnis des VersG zum allgemeinen Polizeirecht	377	240
4.	Verhältnis des VersG zu anderen Vorschriften	383	244

II. Gefahrenabwehr im Internet	385	244
1. Allgemeines	385	244
a) Der Begriff der Telemedien	386	245
b) Eingriffsbefugnisse und zuständige Behörden	387	246
c) Exkurs: Aus dem Ausland stammende Angebote	389	248
2. Voraussetzungen für ein polizeiliches Einschreiten	391	248
3. Verantwortlichkeit	393	249
a) Der Inhaltsanbieter als Verhaltensstörer	395	250
b) Der Diensteanbieter als Zustandsstörer	396	251
c) Der Zugangsanbieter als Nichtstörer	399	252
4. Adressatenauswahl und Verhältnismäßigkeit der Maßnahme	400	252
§ 8 Polizeiliche Befugnisse außerhalb des Bereichs der Gefahrenabwehr	405	254
I. Die Vollzugshilfe	408	255
II. Polizeiliche Befugnisse bei der Verfolgung von Straftaten	412	256
1. Die Tätigkeit der Polizei im Rahmen der Strafverfolgung	412	256
2. Rechtsschutz gegen Strafverfolgungsmaßnahmen der Polizei	419	259
III. Polizeiliche Befugnisse bei der Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten	428	264
3. Abschnitt		
Formelles Polizei- und Ordnungsrecht (Organisationsrecht und das polizeiliche Handlungsinstrumentarium)		
§ 9 Die Polizei- und Ordnungsbehörden	435	268
I. Gefahrenabwehrbehörden des Bundes	438	269
1. Die Bundespolizei	439	269
2. Das Bundeskriminalamt	440	271
3. Sonstige Bundesbehörden mit polizeilichen Eingriffsbefugnissen	442	272
4. Das Bundesamt für Verfassungsschutz	444	273
5. Der Bundesnachrichtendienst	445c	275
6. Der Militärische Abschirmdienst	445d	276
II. Die Polizei- und Ordnungsbehörden der Länder	446	277
1. Überblick über die Verteilung der allgemeinen Aufgaben der Gefahrenabwehr in den einzelnen Bundesländern	446	277
a) Länder mit Einheitssystem	447	277
b) Länder mit Trennungssystem	449	278

2. Die Abgrenzung der Zuständigkeit der Polizei- und Ordnungsbehörden	452	279
a) Die sachliche Zuständigkeit	453	280
b) Die instanzielle Zuständigkeit	454	280
c) Die örtliche Zuständigkeit	458	282
III. Internationale Zusammenarbeit und Europäische Integration	460	283
1. Die Internationale kriminalpolizeiliche Organisation (IKPO – „Interpol“)	461	284
2. Das Europäische Polizeiamt (Europol)	465	285
3. Das Schengener Durchführungsübereinkommen (SDÜ)	468	287
IV. Exkurs: Private Sicherheitsdienste	472	290
§ 10 Der polizeiliche Verwaltungsakt	477	294
I. Die Abgrenzung polizeilicher Verwaltungsakte von anderen der Gefahrenabwehr dienenden Handlungen	483	296
II. Die Rechtmäßigkeit eines der Gefahrenabwehr dienenden Verwaltungsakts (Prüfungsschema)	488	298
1. Die formelle Rechtmäßigkeit	489	298
a) Die Zuständigkeit	489	298
b) Die Verfahrensvorschriften	490	298
2. Die materielle Rechtmäßigkeit	500	303
a) Die Bestimmtheit des Verwaltungsakts	500	303
b) Die Rechtsgrundlage	501	304
c) Das Entschließungsermessen	502	304
d) Der richtige Adressat	505	306
e) Das Auswahlermessen	506	306
f) Verstoß gegen sonstiges Recht	507	306
g) Umdeutung	508	306
3. Der Rechtsschutz bei Verwaltungsakten	509	307
a) Die Rechtswegproblematik	509	307
b) Der Rechtsschutz durch die Anfechtungsklage	510	307
c) Der vorläufige Rechtsschutz gem. §§ 80 ff VwGO	519	310
d) Der Rechtsschutz bei Erledigung des Verwaltungsakts	522	311
e) Der Rechtsschutz durch eine Verpflichtungs- klage	526	313
f) Der vorläufige Rechtsschutz durch eine einstweilig Anordnung	532	315
g) Der vorbeugende Rechtsschutz durch eine allgemeine Leistungsklage	533	315

h) Der Rechtsschutz durch eine allgemeine Feststellungsklage gem. § 43 VwGO	534	316
III. Die Zwangsmittel zur Durchsetzung polizeilicher Verwaltungsakte	538	317
1. Allgemeines	538	317
2. Die Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen für die Anwendung der Zwangsmittel	539	317
a) Die Ersatzvornahme	553	323
b) Das Zwangsgeld	556	325
c) Die Anwendung unmittelbaren Zwangs	558	326
3. Unmittelbare Ausführung und Sofortvollzug	564	331
4. Der Rechtsschutz gegen die Vollstreckung polizeilicher Verwaltungsakte sowie die unmittelbare Ausführung und den Sofortvollzug	572	334
a) Der Rechtsschutz gegen als Verwaltungsakte zu qualifizierende Vollstreckungsmaßnahmen	572	334
b) Der Rechtsschutz gegen als Realakte zu qualifizierende Vollstreckungsmaßnahmen	575	335
c) Der Rechtsschutz zur generellen Verhinderung der Verwaltungsvollstreckung	576	335
d) Der Rechtsschutz gegen die unmittelbare Ausführung und den Sofortvollzug	580	336
IV. Die Bewehrung polizeilicher Verwaltungsakte	582	336
V. Erlaubnis und Dispens	583	337
1. Allgemeines	583	337
2. Der Rechtsschutz im Zusammenhang mit Erlaubnissen und Dispensen	586	339
§ 11 Polizei- und ordnungsbehördliche Verordnungen	605	345
I. Allgemeines	607	346
II. Die Abgrenzung polizei- und ordnungsbehördlicher Verordnungen von polizeilichen Verwaltungsakten	616	350
III. Die Rechtmäßigkeit einer polizei- und ordnungsbehördlichen Verordnung (Prüfungsschema)	619	352
1. Die formelle Rechtmäßigkeit	620	352
2. Die materielle Rechtmäßigkeit	624	353
IV. Rechtsschutz gegen Polizeiverordnungen und ordnungsbehördliche Verordnungen	630	355
1. Rechtsschutz durch eine oberverwaltungsgerichtliche Normenkontrolle	630	355
a) Die Zulässigkeit der Normenkontrolle	631	355
b) Die Begründetheit der Normenkontrolle	635	356

c) Vorläufiger Rechtsschutz durch eine einstweilige Anordnung	636	357
2. Inzidenter Rechtsschutz durch die Anfechtung von Normvollzugsakten	637	357
3. Inzidenter Rechtsschutz durch eine verwaltungsgerichtliche Feststellungsklage	638	358
4. Rechtsschutz durch eine Verfassungsbeschwerde	639	358
§ 12 Sonstige polizeiliche und ordnungsbehördliche Handlungsinstrumente	650	362
I. Realakte	652	362
II. Öffentlichrechtliche Verträge	656	365
III. Informelles konsensuales Verwaltungshandeln	660	367
IV. Rechtsschutz gegen sonstige polizeiliche und ordnungsbehördliche Handlungsinstrumente	663	368
1. Der Rechtsschutz gegen Realakte mittels einer allgemeinen Leistungsklage	663	368
2. Der Rechtsschutz gegen Realakte mittels einer allgemeinen verwaltungsgerichtlichen Feststellungsklage gem. § 43 VwGO	667	369
3. Der Rechtsschutz im Zusammenhang mit öffentlichrechtlichen Verträgen	670	370
4. Der Rechtsschutz im Zusammenhang mit informellem konsensualem Verwaltungshandeln	671	371
4. Abschnitt Entschädigungs- und Ersatzansprüche bei polizeilichem Handeln		
§ 13 Entschädigungsansprüche Betroffener	679	373
I. Entschädigungsansprüche des Störers	679	373
II. Der Entschädigungsanspruch des Nichtstörers	684	376
§ 14 Ersatzansprüche des Polizeiträgers	697	383
I. Ersatzansprüche bei Ersatzvornahme	698	384
II. Ersatzansprüche bei unmittelbarem Zwang	702	387
III. Ersatzansprüche bei unmittelbarer Ausführung	703	387
IV. Rückgriffsansprüche	707	390
§ 15 Exkurs: Das polizeiliche Abschleppen von Kraftfahrzeugen	710	392
I. Die Rechtsgrundlage für das Abschleppen	713	393
1. Nichtbeachtung eines Verkehrszeichens	714	393
2. Verstoß gegen sonstige Rechtsvorschriften	717	395

II. Der Adressat der polizeilichen Maßnahme	718a	395
III. Rechtliche Begrenzungen durch das Übermaßverbot	719	396
1. Begrenzungen durch den Grundsatz des geringsten Eingriffs	720	396
2. Begrenzungen durch den Verhältnismäßigkeits- grundsatz	721	396
IV. Kostenersatzansprüche des Trägers der Polizeibehörde und ihre Durchsetzung	722	397
1. Rechtsgrundlage für Kostenersatzansprüche	722	397
2. Die Durchsetzung des Kostenersatzanspruchs	725	398
3. Polizeiliches Zurückbehaltungsrecht wegen bestehender Kostenersatzansprüche	726	398
V. Schadensersatz- und Entschädigungsansprüche gegen den Träger der Polizeibehörde bei Beschädigung des Fahrzeugs	727	399
Anhang		
Musterentwurf eines einheitlichen Polizeigesetzes des Bundes und der Länder in der Fassung des Vorentwurfs zur Änderung des MEPolG		401
<i>Sachverzeichnis</i>		425